

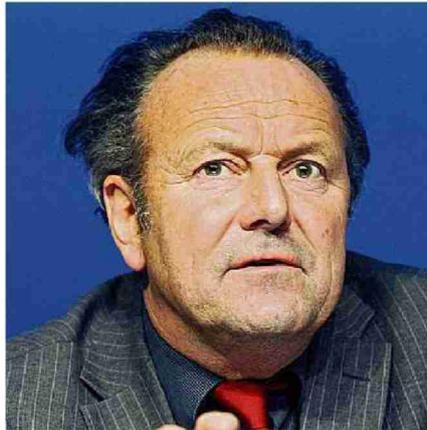
Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Media genre: Print media
Type of media: Daily and weekly press
Circulation: 50'237
Frequency: 6x/week

Page: 5
Size: 69'348 mm²

Fragwürdige Plädoyers für Gesetzesänderung

An einer ständerätlichen Kommissionssitzung hält die Firma Sicpa eine von Lobbyisten eingefädelte Werbeshow ab



Sicpa zu Diensten. Firmenberater Anton Bleikolm, Strafrechtsprofessor Mark Pieth und SP-Ständerat Hans Stöckli (v.l.) fordern ein Gesetz, von der die Firma profitiert.

Von Christian Keller, Bern

Am Montag vor einer Woche, dem 21. März, kamen die 13 Mitglieder der ständerätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) zu einer zweitägigen Sitzung im Bundeshaus zusammen. Bei den Beratungen im Kommissionszimmer 3 ging es auch um das von Bundesrat Alain Berset entworfene Gesetz über Tabakprodukte. Bei einer mehrstündigen Anhörung erhielten Verbandsvertreter der Tabakindustrie sowie der Anti-Raucherlobby die Gelegenheit, den Parlamentariern ihre Standpunkte und Anliegen darzulegen.

Solche Hearings, bei denen verschiedenste Organisationen für ihre Interessen weiblern, gehören zum politischen Alltagsgeschäft. Fragwürdig wird es allerdings, wenn eine einzelne Firma ein 20-minütiges Zeitfenster erhält, um gegenüber Ständeräten Werbung in eigener Sache zu machen – und ohne Widerrede für eine Gesetzesänderung plädieren kann, von der sie direkt profitieren würde. Genau so hat es sich letzte Woche unter der Bundeshauskuppel zugetragen.

Gleich drei Akteure, welche auf der Gehaltsliste des Westschweizer Unternehmens Sicpa stehen, erhielten am

Nachmittag des 21. März von 15.15 Uhr bis 15.35 Uhr die Gelegenheit, sich für die gesetzliche Verankerung eines «Track and Trace»-Systems auszusprechen. Es geht dabei um die Rückverfolgung von Tabakprodukten. Damit soll der Handel kontrolliert und der Schmuggel von Zigarettenpackungen unterbunden werden können. Sicpa hat eine entsprechende Sicherheitstechnik entwickelt, die sie den Konzernen gerne verkaufen möchte.

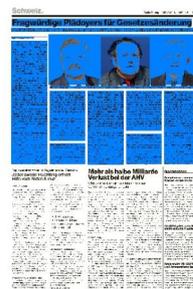
Die grossen internationalen Tabakunternehmen sind allerdings nicht interessiert, haben sie doch bereits von einem IT-Unternehmen ein eigenes Programm entwickeln lassen, mit dem sie sehr zufrieden sind. «Erfolgreiche Beschlagnahmen zeugen von der funktionierenden Zusammenarbeit zwischen den Behörden und der Tabakindustrie», sagt Kevin Suter, Sprecher von Japan Tobacco International mit Sitz im luzernischen Dagmersellen. Auch bei British American Tobacco Switzerland sieht man keinen Grund, Anpassungen vorzunehmen. «Wir teilen die Ansicht des Bundesrats, dass sich die bestehenden Systeme bewährt haben und dass kein Handlungsbedarf besteht», so Sprecher Christophe Berdat zur BaZ.

Findet «Track and Trace» allerdings den Weg ins Gesetz, und das ist das Motiv hinter den intensiven Lobbyingaktivitäten von Sicpa, könnte sie als «industriunabhängige» Anbieterin zum Zug kommen. Die Tabakfirmen wären in diesem Fall zur Übernahme von Sicpa-Applikationen gezwungen – und die Westschweizer dürften über einen Grossauftrag jubeln.

Verärgerte Tabakbranche

Angesichts dieser Ausgangslage ist die Verärgerung in der Branche gross, wie einseitig das Hearing durchgeführt wurde. Zu «Track and Trace» sprachen ausschliesslich drei Personen mit befürwortender Haltung, die wie erwähnt für ihre Tätigkeit allesamt von Sicpa entschädigt werden.

Da ist zum einen der prominente Basler Strafrechtsprofessor und Fifa-Anti-Korruptionskämpfer Mark Pieth, welcher zusammen mit seinem wissenschaftlichen Assistenten David Mühlemann in der Kommission die rechtlichen Aspekte beleuchtete. Pieth hatte 2014 in einer Studie begründet, weshalb die Schweiz unbedingt eine gesetzliche Grundlage zur Schaffung eines «Track and Trace»-Systems benötigt, und sogar eine Pressekonferenz durch-



Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Media genre: Print media
Type of media: Daily and weekly press
Circulation: 50'237
Frequency: 6x/week

Page: 5
Size: 69'348 mm²

geführt. Auftraggeberin der Studie war damals offiziell ein Beratungsunternehmen – bis die BaZ aufdeckte, dass es die Sicpa gewesen war, die hinter dem Mandat an Pieth stand.

Ein verdecktes Manöver, welches von der Schweizer Lobbyistin Bettina Mutter organisiert worden war. Sie verstieß damit gegen die Standesregeln des Lobbyistenverbandes. Heute sitzt sie in dessen Vorstand.

Beim dritten Fürsprecher von «Track and Trace» handelt es sich um Anton Bleikolm. Er arbeitete drei Jahrzehnte für Sicpa, sass bis September 2015 im Sicpa-Verwaltungsrat und ist noch heute als strategischer Berater für die Firma tätig. Die Präsentation, welche er in der Kommission hielt, liegt der BaZ vor. Aus den Inhalten geht es klar hervor: Bleikolm nutzte den exklusiven Zugang zu nationalen Politikern, um kräftig die Werbetrommel für seinen Auftraggeber zu rühren. In dem Referat wurde nicht nur die internationale Kompetenz von Sicpa angepriesen, sondern auch konkrete Produkte wie «Sicpatrace» in bestem Licht dargestellt. In regelmässigen Abständen wurde betont, weshalb es eine unabhängige «Track and Trace»-Lösung brauche. Und auf jeder der Powerpoint-Folien sprang den Ständeräten die Botschaft ins Gesicht: Die Sicpa eignet sich hervorragend, um die Anforderungen zu erfüllen.

«Sicpa-Show» im Bundeshaus

Es ist nicht nur diese «Sicpa-Show» im Parlamentsgebäude, an welcher sich die Tabakunternehmen stören. Es wird

als unverständlich bezeichnet, weshalb das Thema Rückverfolgung von Zigaretten überhaupt auf die Traktandenliste der Anhörung gesetzt wurde. Man sei über diesen Schritt «sehr überrascht» gewesen, sagt Christophe Berdat von British American Tobacco.

Tatsächlich enthält der Entwurf zum Tabakproduktegesetz keine Bestimmungen, welche sich mit «Track and Trace» befassen. Vielmehr zielt die Revision auf einen stärkeren Jugendschutz und die Einschränkung von Werbemöglichkeiten ab.

Wie Recherchen der BaZ ergaben, war es der Berner SP-Ständerat Hans Stöckli, welcher der Sicpa die Kommissionstüren geöffnet hat. Auf Anfrage bestätigt er, veranlasst zu haben, dass Mark Pieth an der Anhörung teilnehmen konnte. Wie Stöckli weiter erklärt, bedaure er es, dass der «vorliegende Gesetzesentwurf keine entsprechende Vorschriften für ein industrieunabhängiges Rückverfolgungssystem enthält». Er werde «entsprechende Anträge» in der «hoffentlich stattfindenden Detailberatung» einbringen.

Ob es dazu kommt, ist unklar. Denn es besteht auch ein Rückweisungsantrag der Gesetzesvorlage. Aus diesem Grund dürfe man die Teilnehmerliste des Hearings nicht «überbewerten», erklärt die Sankt Galler FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter der BaZ. Viele Meinungen in Bezug auf die Stossrichtung des Gesetzes seien ohnehin gemacht. SGK-Präsident Konrad Graber (CVP) wollte die Hearings und die entstandene Kritik nicht kommentieren.